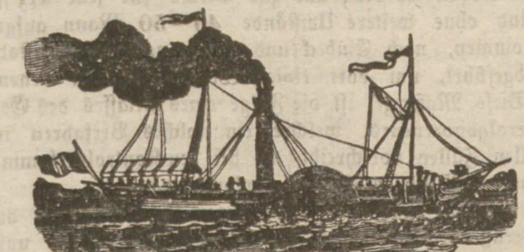
Danziger Dampfboot.

№ 15. **1867.**

Freitag, den 18. Januar. **38ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau
In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Pesth, Donnerstag, 17. Januar, Mittags. Die Magnatentafel nahm in heutiger Sitzung einstimmig die Adresse des Unterhauses gegen die Verordnung, betreffend die Heeresergänzung, an. Graf Cziraky sprach für die Revision der Gesetze von 1848.

Florenz, Donnerstag, 17. Januar. Einer Mittheilung der „Opinione" zufolge sind die Unterhandlungen bezüglich der Bischöfe beendigt. Der Papst und Cardinal Antonelli werden den Staatsrath Tonello nächstens in einer Abschiedsaudienz empfangen.

— Das Exposé des Finanz-Ministers erläutert die Motive und Resultate des Zwangscourses der Bankbillets der National-Anleihe von 400 Millionen. Die Höhe der Kriegsausgaben giebt derselbe auf 357 Millionen an, der Inhalt des Schatzes, der am Ende des Jahres 1865 364 Millionen betrug, sei ausreichend, die sämmtlichen laufenden Schulden von 1866 und das Deficit von 1867 zu decken. Der Finanzminister erklärt entschieden, daß keine Renten-Reducirung stattfinde.

Kopenhagen, Donnerstag, 17. Januar, Abds. Auf Seeland, Fünen, in Jütland und Schleswig ist der Eisenbahnbestrich gehemmt; in Jütland wüthet ein Schneesturm von Nordnordost. In Langaa erreicht der lagernde Schnee die Telegraphendrähte, um Viborg beträgt seine Höhe 14 Fuß.

Petersburg, Donnerstag, 17. Januar, Abds. Der Fürst von Mingrelien, Dadian, hat an den Kaiser von Rußland freiwillig für sich und seine Nachfolger seine Souverainetätsrechte gegen eine Million Rubel abgetreten.

Landtag.

Herrenhaus.

In der gestrigen (20.) Sitzung des Herrenhauses waren die Minister Graf zu Eulenburg, Graf zur Lippe, von Selchow und drei Regierungs-Kommissare anwesend. Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung 12 Uhr 20 Min. Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Minister des Innern Graf zu Eulenburg; derselbe überreicht den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Einzugsgeldes als Kommunal-Abgabe. Der Minister bemerkt, das Gesetz werde den Unterschied zwischen den Städten und dem flachen Lande ausgleichen und die letzte Schranke gegen die Freizügigkeit beseitigen. Beschleunigung sei bei der kurzen Dauer der Session wünschenswerth. — Das Gesetz geht an eine besondere Kommission, welche nach dem Schlusse der Sitzung gewählt werden soll. — Das Vorfluth-Gesetz für Neuvorpommern und Rügen wird fast ohne Debatte nach den Kommissions-Anträgen unter Zustimmung des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten angenommen.

Haus der Abgeordneten.

54. Sitzung am 17. Januar.

Präs. v. **Forckenbeck** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20. Min. Am Ministertisch: Einige Kommissare, darunter Leg.-Rath v. **Keudell**. Graf **Bismarck** hat angezeigt, daß er zu seinem Bedauern verhindert ist, der Schlußberathung über den Paur'schen Antrag beizuwohnen. — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Antrag des Abg. Dr. Paur auf Annahme des nachfolgenden Gesetz-Entwurfs: „Wir 2c. verordnen was folgt: §. 1. Die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstages zur Berathung der Verfassung des norddeutschen Bundes erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe der für die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses üblichen." — Referenten sind Graf v. Bethusy-Huc und v. Hoverbeck. Der Antrag Bethusy's geht dahin, das Gesetz abzulehnen, Abg. v. Hoverbeck beantragt die Annahme des Gesetzes. — Graf Bethusy motivirt seinen Antrag. Soviel auf der Journalistentribüne zu vernehmen ist, ist er der Ansicht, daß, nachdem bei Berathung des Wahlgesetzes das Schulze'sche Amendement auf Zahlung der Diäten abgelehnt sei, dasselbe nach Art. 64 der Verfassung nicht in anderer Form wieder vor das Haus gebracht werden könne. Er beantragt deshalb principaliter eine Abstimmung darüber, ob der Antrag überhaupt diskutabel ist. Auf die Sache selbst eingehend, kann er in der Nichtzahlung von Diäten eine Beschränkung der Wahlfreiheit und ein Privilegium des Vermögens nicht finden; er findet im Gegentheil, daß die Nichtzahlung von Diäten ein nothwendiges Korrelat der allgemeinen Wahlfreiheit und der Zulassung von Beamten ist, denn die Zahlung von Diäten würde ein Privilegium zu Gunsten der Wählbarkeit der Beamten schaffen. — Präs. v. **Forckenbeck** hält den prinzipalen Antrag des Referenten nicht für prinzipieller, sondern für materieller Art, derselbe müsse daher schriftlich eingereicht und unterstützt werden. — Ref. v. **Hoverbeck** bekämpft den prinzipalen Antrag. Man habe damals ein Amendement zum Wahlgesetz für das norddeutsche Parlament verworfen, während es jetzt sich um ein Gesetz für die preußischen Vertreter im Parlament handele. Damals war der einzige Redner gegen das Amendement auch nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Aufnahme dieser Bestimmung in das Wahlgesetz, aber nicht gegen die Zahlung von Diäten überhaupt. Wenn man damals eine allgemeine Bestimmung für unzweckmäßig gehalten hat, so kann man doch jetzt für Preußen die Einführung dessen verlangen, was man für recht und billig hält. Wenn man, wie gesagt worden sei, die Bestimmung darüber dem norddeutschen Parlament selbst überlasse, so könne dadurch, daß nicht vor den Wahlen darüber eine Bestimmung getroffen sei, ein Einfluß auf die Zusammensetzung geübt werden. Dem preußischen Staate würde die Diätenzahlung etwa 60—100,000 Thlr. kosten, und daß die Staatskasse solche Summe noch bezahlen könne, das habe die Bewilligung der Dotation von 1,500,000 Thlrn. gezeigt. In Preußen steht den Armen der Weg zu allen Aemtern offen, es soll auch Minister geben, die nicht ganz wohlhabend sind, warum sollen nicht auch arme Leute Abgeordnete sein? Nach seiner Ansicht ist die Verweigerung der Diäten eine Fälschung des allgemeinen Wahlrechts. Das allgemeine Wahlrecht erscheint jetzt schon bedenklicher als in geordneten und würdigen Zuständen; es fehlt uns die freie Bewegung der Presse und der Vereine, die beiden Grundbedingungen des allgemeinen Wahlrechtes, man solle sich hüten, auch noch die Wähler in der Weise zu beschränken, daß sie nicht wählen können, wen sie wollen. Eine solche Beschränkung kann uns auch kein Zutrauen in den neuen Provinzen erwerben. Wenn der Vorredner es nicht für unwürdig hält, daß ein Abgeordneter von seinen Wählern Diäten erhält, so freue er sich, daß derselbe sich hierin von anderen Mitgliedern der Rechten unterscheide, aber er wolle doch daran erinnern, daß die Regierung anderer Ansicht sei, indem sie Disziplinar-Untersuchungen gegen Abgeordnete eingeleitet habe, welche einen Ersatz der von ihnen zu zahlenden Stellvertretungskosten von ihren Wählern angenommen haben. Wenn der Vorredner darauf hingewiesen habe, daß durch die Zahlung von Diäten die Wahl von Beamten befördert werde, so mache er darauf aufmerksam, daß nach dem Wahlgesetz Beamte wählbar sind. Wenn darauf hingewiesen sei, man finde ja in den Reihen der Herrenhausmitglieder Leute, welche ohne Diäten die Vertretung übernehmen, so glaube er nicht, daß das Volk sich nach dieser Vertretung sehne. — Graf **Bethusy-Huc** hat seinen prinzipalen Antrag schriftlich eingebracht. Es entspinnt sich eine längere Geschäfts-Ordnungsdebatte darüber, ob nun in der Berathung weiter fortgefahren werden könne oder ob erst über jenen Antrag diskutirt werden soll. Das Haus entscheidet sich für das letztere. Es meldet sich Niemand zum Wort, und wird darauf der Antrag des Grafen Bethusy abgelehnt (dafür nur die freie konservative Vereinigung, einige Konservative und einige Altliberale.) — Abg. v. **Flottwell** ist gegen die Annahme des Gesetzes. Er meint, zur Vertretung des Landes sei eine gewisse politische Bildung nothwendig, diese sei aber nur durch eine gewisse Summe von Mitteln möglich. Wenn bei der finanziellen Seite auf die bewilligte Dotation angespielt sei, so sei für ihn ein wesentliches Motiv zur Bewilligung derselben das parlamentarische Verdienst Derer gewesen, denen sie bewilligt sei. Die jetzigen Diäten sind so bemessen, daß sie doch noch Opfer von den Betreffenden fordern, und da kann es auch gleich sein, ob sie noch etwas größere Opfer bringen. Er sieht den Hauptgrund, gegen die Diäten zu stimmen, in der dadurch erfolgenden Verminderung der Zahl der Beamten in der Vertretung. Der Redner führt dies näher aus und geht dann darauf über, der Opposition vorzuwerfen, daß sie eigentlich gegen das allgemeine Wahlrecht sei. — Abg. **Löwe-Calbe** meint, wenn man den Namen eines hochgeachteten Beamten [Flottwell] trägt und diesem Namen alles verdankt, was man ist, so hätte man mit mehr Achtung vom Beamtenstande sprechen sollen, als es der Vorredner gethan. Diejenigen, welche die Beamten ausschließen wollen, sollten sich doch erst fragen, wer denn die Vorarbeiten gemacht habe, damit Preußen das leisten kann, was man jetzt von ihm fordert? Wenn man gesagt hat, daß die Nichtzahlung von Diäten durch einen Kompromiß festgesetzt sei, so sei dies ein Kompromiß zwischen Preußen und den kleinen Staaten; nachdem jetzt ein Theil der kleinen Staaten von dem Kompromiß abgegangen, so bestehe für Preußen kein Grund mehr, daran festzuhalten, und aus diesem Grunde können die Mitglieder, die früher gegen die Zahlung der Diäten gestimmt haben, heute dafür stimmen. Er bedauert, daß man die Beamtenfrage hier hineingebracht hat. Was das Parlament sein wird, das wird von dem abhängen, was die Mitglieder werth sind; es gilt hier das alte Wort: „Die Sache gilt, was der Mann gilt", und was solle man vom Parlament erwarten, wenn man die Mitglieder schon vorher auf solche Weise verdächtige? Stellt man einen Census her, nach welchem nur die Reichen gewählt werden können, so wird man als Folge sehen, daß die Vertretenen sagen: Ja, die werden auch nur für die Reichen sorgen. — Man spreche immer davon, daß die Diätenzahlung unwürdig sei, und man verweise auf das Herrenhaus. Sollte es vielleicht im norddeutschen Parlament auch dahin kommen, daß ein Minister erklärt, er könne keine Vorlage machen, weil das Haus nicht komplet sei? Hängt dies vielleicht auch mit der Zahlung von Diäten zusammen? Glaubt man vielleicht in den neuen Provinzen durch Nichtzahlung der Diäten auf Kreise zu kommen, welche preußenfreundlich sind? Gewiß nicht, gerade die arme Intelligenz seien die Mitglieder des Nationalvereins gewesen, die Leute, welche das große Vaterland höher stellen als den Titel eines Hofjouveliers, Hoffouriers oder dergl. Man soll nicht gegen das Prinzip sündigen, das die Größe unseres Staates ausmacht, nämlich, daß jeder Arme zu der höchsten geistigen Ausbildung gelangen kann. Man lege einen Census auf den Besuch der Gymnasien und der Universitäten, dann würde man bei Abschaffung der Diäten konsequent sein. Es ist dies das erste Mal, daß man in Preußen einen Census einführen will. Wenn das Gesetz verworfen wird, so ist damit bei der Opferwilligkeit unseres Volkes die Hoffnung nicht aufzugeben, aber man solle bedenken, daß man damit die regelmäßige Entwicklung unterbreche. — Regierungs-Kommissar v. **Keudell**: Die Regierung kann sich dem Antrage nicht anschließen, weil nach ihrer Ansicht die Entscheidung den Bundesregierungen und dem Reichstage gebührt. Dem könne man nicht durch Entscheidung Seitens des größten Staates vorgreifen. Daß zwischen einem Reichstag mit Diäten und einem ohne Diäten ein Unterschied ist, zeigt der Antrag, und es könnte die Geneigtheit der übrigen Regierungen für das Parlament zweifelhaft werden. — Abg. **Wagener** ist gegen das Gesetz. Er ist selbst noch nicht mit sich einig über die Zweckmäßigkeit der Diäten, aber er meint, man solle nicht der Entscheidung des norddeutschen Bundes vorgreifen. Er will hier die Beamtenfrage nicht diskutiren, das wird bei einer andern Gelegenheit geschehen: er meine, man müsse anerkennen, daß in Preußen jeder an der Größe des Vaterlandes arbeite. Man müsse fragen, ob wir in Deutschland die genügende Zahl von Leuten finden, welche die parlamentarische Thätigkeit ohne Entschädigung ausüben können, und das sei ihm zweifelhaft; nach seiner Ansicht komme die Sache dann in die Hände, wo er sie am Unliebsten sehe, in die Hände der reichen Bourgeoisie. **Twesten** glaubt, die Conservativen und Liberalen hätten ein gleiches Interesse an der Annahme des Gesetzes. **Schulze** betont, daß mit der Antastung der passiven Wählbarkeit das allgemeine Wahlrecht angetastet werde. Eine aus Mitgliedern ohne Diäten bestehende Versammlung sei eine Notabelnversammlung, aber kein Parlament. Der Gesetz-Entwurf wird bei namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen.

Politische Rundschau.

Die Wiederaufnahme der Conferenzsitzungen der Bevollmächtigten der norddeutschen Regierungen unter Leitung des Herrn v. Bismarck wird in den nächsten Tagen erwartet, da dem baldigen Abschlusse des Unionsvertrages keine wesentlichen Hindernisse mehr entgegenstehen.

Die Verhandlungen mit dem Herzoge von Nassau über seine persönlichen und Vermögensverhältnisse dürften bald zu einem erwünschten Abschlusse gelangen. Es sind in dieser Beziehung in dem bisherigen Herzogthum Nassau mancherlei unbegründete Besorgnisse verbreitet: man fürchtet, daß das Verbleiben eines größeren Theils des früheren Domanialgutes als Privatbesitz in der Hand des Herzogs auch ferner die freie wirthschaftliche Entwickelung des an und für sich so reich ausgestatteten Landes beeinträchtigen werde. Unsere Regierung hat jedoch von vorn herein darauf Bedacht genommen, einer solchen Gefahr vorzubeugen. Obwohl sie in Uebereinstimmung mit den seither nach anderen Seiten befolgten Grundsätzen auch bei der Regelung der Privatverhältnisse des früheren Herzogs jede zulässige Rücksicht der Billigkeit obwalten läßt, so ist doch bei den bezüglichen Festsetzungen sowohl das allgemeine Staatsinteresse, wie auch das Interesse der nassauischen Bevölkerung an der vollständigen Beseitigung der früheren persönlichen und volkswirthschaftlichen Hemmnisse vor Allem maßgebend.

Ueber die Dinge in Galizien herrschen in Wien ungünstige Ansichten. Wenn auch Niemand im Stande sei, heißt es, vorherzusagen, welches Resultat der dortigen Bewegung sein werde, so dürfte soviel feststehen, daß sie nicht aufgehalten werden könne. Man hört, daß sich augenblicklich hochgebildete ruthenische Geistliche in Wien befinden sollen, zu dem Zwecke, sich mit den verfassungstreuen Deutschen über die dem Januarpatente gegenüber zu beobachtende Haltung zu verständigen. Die Gefahr, in der Ruthenen und Deutsche schweben, sei die gleiche, heißt es ferner; siege der slavische Förderalismus, so sei die Polonisirung der drittehalb Millionen Ruthenen in Galizien und der Bukowina grade so unvermeidlich, wie die Czechisirung der gleichen Anzahl von Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Der Haß, den die Ruthenen gegen ihre polnischen Bedränger zur Schau tragen, wird als furchtbar geschildert.

Erwähnenswerth ist noch die eigenthümliche Ansicht, welche die ruthenischen Bauern über die sich in den Regierungssphären kundgebende günstigere Stimmung gegen die polnische Bevölkerung haben. „Der Kaiser,“ sagen sie, „hat Galizien an die Polen (d. h. den polnischen Adel) verkauft, und diese wollen die Frohndienste wieder einführen; aber der russische Czar wird dieses nicht zulassen, und deshalb wird es zwischen ihm und unserem Kaiser zum Kriege kommen.“ Ueberhaupt ist unter der Bevölkerung Ostgaliziens die Meinung allgemein verbreitet, daß Rußland binnen Kurzem Galizien wegnehmen werde.

Alle neuesten Nachrichten aus dem Königreich Polen melden übereinstimmend, daß dort die katholische Geistlichkeit seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und St. Petersburg und der gleichzeitigen Aufhebung des zwischen beiden Höfen abgeschlossenen Concordats sich in der schwierigsten Lage befinde. Von einer freien Ausübung des römisch-katholischen Cultus ist kaum mehr die Rede, ja es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß der gesammte katholische Clerus in Polen, von den Bischöfen bis zu den Dorfspfarrern herab, unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden ist. Namentlich sind den von den Russen in's Land geschleppten schismatischen Popen die katholischen Predigten ein Dorn im Auge, welche bekanntlich die griechisch-orthodoxe Kirche ausgeschlossen hat. Fast in jeder Predigt will die russische Geistlichkeit und die mit ihr verbündete Polizei politische Anspielungen entdecken und droht den Predigern mit Einsperrung und Sibirien. Wenn man weiß, wie tief eingewurzelt der katholische Glauben unter dem polnischen Volk ist, so ist unschwer zu begreifen, daß jene Gewaltmaßregeln die öffentliche Stimmung bedenklich verbittern und den revolutionären Gelüsten Vorschub leisten. Namentlich scheint die polnische Emigration im Auslande diesen Stand der Dinge zur Vorbereitung einer neuen Schilderhebung benutzen zu wollen.

— Der Kronprinz von Preußen, welcher sich in Karlsruhe befindet, wird auf seiner Rückreise in Gotha mit dem präsumtiven hessischen Thronfolger, dem Prinzen Ludwig, zusammentreffen. Beide werden sich hierauf von Gotha nach Berlin begeben. Ob diese Zusammenkünfte mit der militärischen Reorganisation Hessens und Badens zusammenhängen, vermögen wir nicht zu sagen; gewiß ist nur, daß bis jetzt definitive Vereinbarungen noch nicht erzielt sind.

— Es gewinnt den Anschein, als ob die Regierung mit Berücksichtigung der neuen Verhältnisse eine anderweite Regelung des Dienstes der einjährigen Freiwilligen beabsichtige. Wie es heißt, ist eine Umarbeitung der Instruktion der letzteren in nicht allzuferner Zeit mit Bestimmtheit zu erwarten.

— Nachdem in Dassel vor acht Tagen die Kontrol-Versammlung der früher zur hannoverschen Armee gehörigen Leute durch Exzesse vereitelt worden, ist dieselbe jetzt unter Anwesenheit von 120 Füsilieren wiederholt worden; und zur Strafe für jene Exzesse sind ohne weitere Umstände 40—50 Mann aufgenommen, nach Einbeck und weiter nach Heiligenstadt abgeführt, um dort einige Wochen aktiv zu dienen. (Diese Maßregel ist die Folge eines Erlasses des Generalgouverneurs, welcher ein solches Verfahren in allen Fällen vorschreibt, wo bei den Kontrolversammlungen Widersetzlichkeiten vorkommen.)

— Die aus dem ehemaligen Kurhessen, den an Preußen abgetretenen Theilen von Oberhessen und Baiern, ferner Nassau, Homburg und Frankfurt neu gebildete Provinz „Hessen und Franken“, soll das Oberpräsidium in Kassel und Regierungssitze in Kassel, Fulda und Wiesbaden haben.

— Capitän Hansen vom Dampfschiff „Amsterdam“, von Hamburg in Amsterdam angekommen, berichtet, daß er auf der Elbe, zwischen Freiburg und der Oste, bei Sturm aus Südost, Menschen auf einer Eisscholle zu erkennen glaubte. Er steuerte sofort darauf zu und fand wirklich zwei Mann, gänzlich steif und erschöpft, auf der Scholle stehen. Nach vieler Mühe glückte es, die Unglücklichen an Bord und nach einer ununterbrochenen Anstrengung von reichlich zwei Stunden durch starke Einreibung einigermaßen zum Leben zurückzubringen.

— Auf dem kürzlich an die Mecklenburg'sche Küste getriebenen Wrack einer mit Brettern beladenen Brigg fand man die ganze Bemannung todt. Die Matrosen hatten sich mit Stricken am Fahrzeuge festgebunden und hatten hier ihren Tod gefunden; der Kapitän und sein Junge aber waren in der Kajüte ertrunken.

— In Friedericia hat sich vor einigen Tagen eine Gesellschaft gebildet, deren Zweck es ist, denjenigen Nordschleswigern, welche auf Grund der Militäraushebung eine „Zuflucht in Dänemark“ suchen, passende Konditionen zu verschaffen. Die Gesellschaft übernimmt die Vermittelungen ohne Vergütung.

— Mit Italien wäre Oesterreich nun ganz fertig. Die Liquidationscommission kehrt in den nächsten Tagen von Venedig nach Wien zurück und bringt die „Zusage“ einer Entschädigungszahlung Seitens Italiens von 10 Millionen Francs für Kriegsmaterial mit. 500,000 Militärgüter werden nachfolgen, darunter 1300 bronzene und eiserne gezogene Geschütze.

— Die neue Operation mit den zu verkaufenden Kirchengütern in Italien ist, soweit die Befugniß des Finanzministers reichte, eine vollendete Thatsache. Es fragt sich nun, ob die Kammer dieser Combination, die sie bei ihrem ersten Auftreten nichts weniger als günstig beurtheilte, ihre Zustimmung geben wird.

— Es sind wieder 85 päpstliche Freiwillige, Belgier, Holländer und Deutsche, von Marseille nach Civita-Vechia abgegangen.

— Ein Decret Napoleons errichtet ein Erzbisthum in Algier und Bisthümer in Oran und Constantine.

— Am 15. Januar brach das Eis auf dem Teiche in Regents-Park (London), auf welchem sich etwa 200 Schlittschuhläufer befanden. Gegen 20 Personen ertranken. Die Kälte hält im ganzen Lande an.

— Die russische Regierung läßt gegenwärtig wiederum auf die russisch-polnischen Militärpflichtigen christlicher und israelitischer Religion, welche sich der in dem Königreiche Polen seit dem November v. J. angeordneten Aushebung durch die Flucht entzogen haben, fahnden, und hat demgemäß die benachbarten preußischen Bezirksregierungen um Auslieferung der ihnen namhaft gemachten Conscribirten requirirt. Die Regierungen haben nun, auf Grund der bestehenden Conventionen, die Polizeibehörden u. s. w. aufgefordert, wegen der gedachten Personen Nachforschungen anzustellen und den Landräthen die Ermittelungen behufs der weiteren Entscheidung vorzulegen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 18. Januar.

— Das Kirchenregiment der evangelischen Landeskirche beabsichtigt, nachdem überall Kreis-Synoden in Wirksamkeit getreten sind, die Einrichtung von Provinzial-Synoden, und sollen die bezüglichen Vorbereitungen in der Art getroffen werden, daß die Vorlagen wo möglich noch auf den diesjährigen Kreis-Synoden zur verfassungsmäßigen Berathung gelangen können.

— Heute Vormittag fand unter entsprechender militairischer Feierlichkeit die Austheilung der Decorationen und Erinnerungskreuze des jüngsten Feldzuges an die Truppen unserer Garnison statt.

— Die diesjährigen Truppenübungen werden nach den bisher verlautbarten Bestimmungen in einem sehr beschränkten Maße stattfinden. Größere Exercitien (sogenannte Corpsmanöver) sollen nur in dem Bereiche eines, der neu formirten, noch näher zu bezeichnenden Armeecorps abgehalten werden (wie verlautet in Kurhessen), wobei die Anwesenheit des Königs in Aussicht gestellt wird. Bei allen übrigen Armeecorps finden nur Uebungen im Divisionverband und unter Zuziehung von Artillerie statt, zu deren Theilnahme Landwehrofficier-Candidaten aller Waffen zu beordern sind. Im Uebrigen soll mit Rücksicht auf den vorjährigen Krieg ein sonstiges geschlossenes Zusammentreffen der Landwehr-Infanterie, Cavalerie, Artillerie 2c. überall für dieses Jahr nicht stattfinden.

— Wie verlautet, soll es in der Absicht liegen, noch nachträglich Aerzten, welche sich bei der Pflege der Verwundeten besonders hervorgethan haben, eine Allerhöchste Anerkennung zu Theil werden zu lassen.

— In der letzten Sitzung der Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft ist eine Denkschrift aus Hamburg, welche eine Vereinbarung von gesetzlichen Bestimmungen Betreffs der Militärpflicht von jungen Kaufleuten aus dem norddeutschen Staatenbunde, die zur Zeit einer Mobilmachung sich in transatlantischen Ländern aufhalten, behandelt und einer Kommission zur Berichterstattung überwiesen worden. Der internationale Donauschifffahrtsvertrag wurde als den Interessen unseres Vaterlandes entsprechend begutachtet. Die Ermäßigung des französischen Zolltarifs gegenüber dem Tarif des Zollvereins wird zur Kenntniß gebracht. Für die Pariser-Ausstellung ist eine beschreibende Uebersicht der hiesigen Wohlthätigkeits-Anstalten ausgearbeitet worden.

— Die gestrige Sitzung des Gewerbe-Vereins wurde durch Herrn Rickert eröffnet, worauf Herr Dr. Liévin seine bereits im Handwerker-Verein gehaltene und hier besprochene Vorlesung über die Cholera hielt, welche von der Versammlung mit lebhaftem Dank entgegengenommen wurde. — Herr Helm knüpft an die Vorlesung die Frage: ob Herrn Dr. Liévin etwas Näheres über das von Aerzten und Physikern neuerdings im Wasser entdeckte Schleimalluvium bekannt sei, welches zur Entstehung der Cholera beitragen solle? Herr Dr. Liévin hält dafür, daß dasselbe nur von animalischen und vegetabilischen Verunreinigungen entstehe, und ergänzt seinen Vortrag noch dahin, daß bezüglich der Durchführung des von ihm wieder in Anregung gebrachten Sielsystems, sich Diejenigen, welche mit dieser Frage seiner Zeit sich eingehend beschäftigt haben und daher befähigt waren, ein richtiges Urtheil zu fällen, stets dafür gestimmt und den Widersachern diese technische Einsicht gemangelt hätte. Aber der Widersacher wegen ganz von der Frage abzugehen, sei nicht das richtige Verfahren, denn daß in einer Angelegenheit Meinungsverschiedenheiten herrschen, schließe noch nicht die Hoffnung aus, die Divergirenden durch Ueberzeugung dafür zu gewinnen. Man möge nur den hier wegen des Kosten- und Wohlfahrtpunktes zutreffenden Vergleich stellen: ob man einen Familienvater deshalb tadeln würde, wenn er sich in Schulden stürze, um seine Kinder vom Verderben zu retten? Eine Kommune wie Danzig schließe aber die Garantie für ihre Erhaltung in sich. Für das Wohl unserer Stadt einzutreten in einer Zeit, wo sich die Erlahmung an kommunalen Interessen bemerkbar mache, halte Redner für eine Ehre. — Herr Rickert: Herr Dr. Liévin hat uns dadurch zu lebhaftem Dank verpflichtet, daß er eine Frage, die für uns von so unendlicher Bedeutung ist, wieder auf die Tagesordnung gebracht hat. Wir hätten uns schon längst eingehend damit beschäftigen müssen. Wie ich erfahren, haben die Berliner sich wegen des Sielsystems mit den Hamburgern in Verbindung gesetzt. Von der Kanalisirung glaube ich nicht, daß das erreicht wird, was man davon erhofft, deshalb kann ich, von dem Kostenpunkt abgesehen, noch nicht dafür stimmen. In freier Diskussion kann das pro und contra erwogen werden. Was die Mittel anlangt, so ist meines Wissens in der Stadtverordnetenversammlung noch nie die Rede davon gewesen. — Hr. Dr. Liévin bemerkt, daß er, um Mißverständnissen vorzubeugen, erklären müsse, daß die Erlahmung in dieser Frage nicht davon herrühre, daß die öffentliche Meinung sich gegen das Projekt ausgesprochen habe; ohne indiskret zu sein, könne er nur andeuten, man habe der Sache andere Motive als die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt untergelegt, die entgegengesetzte Meinung habe sich unter einflußreichen Persönlichkeiten geltend gemacht, und zwar in Kreisen, die sich der öffentlichen Diskussion entziehen. Das Projekt konnte deshalb von dem Vorkämpfer nicht vorgelegt werden. Dieser Vorkämpfer sei daher in seinem Wirken erlahmt, und Redner trete nunmehr an seine Stelle, da jede Sache einen Vorkämpfer haben müsse, und werde er den Ausspruch der öffentlichen Meinung herbeiführen. — Hr. Helm ist der Ansicht, daß die Majorität dem Projekt nicht entgegenstehe, sondern nur dem Kostenpunkt desselben. Falls der Magistrat aber mit dem vollständig ausgearbeiteten Plane hervortreten würde, dürfte ein günstiges Resultat wohl in Aussicht zu stellen sein. — Hr. Dr. Liévin: Wenn die Frage so läge, daß die Stadt Bankerott machen müsse, dann würde ich es auch vorziehen, statt die Selbstständigkeit aufzugeben, lieber das Leben zu lassen. So liegt die Sache aber nicht. Die Bürger haben allerdings

ansehnliche Leistungen aufzubringen, aber die Gegenleistungen, welche die Wasserleitung mit sich führt, die Ersparnisse an Klosettreinigung und Unterhaltung, und am Trummenbau u. s. w. sind jedenfalls überwiegend. Viele können bei dem jetzigen Verfahren, wo alle Exkremente in die Trummen und Gossen geschüttet werden, die Klosetts entbehren, aber wenn die Polizeibehörde der Unsauberkeit wegen nur mit Strafen vorgehen wollte, da würden ansehnliche Summen zu zahlen sein. Den Brauereibesitzern würde vorzugsweise bei der Wasser-Leitung eine Ersparniß am Arbeitslohn erwachsen, viele Familien würden das Dienstpersonal entbehren können und die Kommune würde bei der Besserung des Gesundheitszustandes unter den Armen nach einem längeren Zeitraum bedeutend an Kurkosten sparen. Es ist nicht Recht, den Geldbeutel zu schonen, wo es die Wohlfahrt unserer gesammten städtischen Bevölkerung gilt. — Herr Block: Von dem großen Nutzen der Kanalisirung sind wir Alle durchdrungen, und ich erlaube mir den Antrag zu stellen, den Magistrat mittelst einer Petition für die Durchführung des Projektes zu gewinnen. — Herr Dr. Korn: Der Gesundheitszustand unserer Stadtbewohner würde sich um Vieles bessern, ob wir aber durch das Sielsystem oder durch ein anderes Projekt eine größere Reinlichkeit in unserer Stadt erzielen, ist noch in Frage gestellt, und da würde es sich empfehlen, die öffentliche Meinung darüber erst zu hören und durch die Presse zu vernehmen. Herr Stadtrath Preußmann stimmt mit Hrn. Dr. Korn überein und gesteht, daß er seiner Zeit für das Wiebe'sche Projekt geschwärmt, aber später die Bedenken der Berliner Kommission Betreffs desselben und den Vorzug des Abfuhrsystems wohl begründet gefunden habe. Die vielfach zur Sprache gebrachten Nachtheile des Sielsystems hätten ihn stutzig gemacht, namentlich die Entziehung der Dungkraft. Es läge ein Grund des Aufschubs darin vor, daß man sich zuvörderst die gemachten Erfahrungen anderer großer Städte zu Nutze mache. Ob das Moore'sche Projekt, das Wasser aus den Radauneseen, oder das Wiebe'sche, das Wasser aus der Weichsel herzuleiten, besser sei, bliebe auch noch zu entscheiden. Gut wäre es, wenn Herr Dr. Liévin über die Erfahrungen anderer Städte berichten möchte. Hr. Dr. Liévin will sich gerne dieser Aufgabe unterziehen, glaubt jedoch keinen Erfolg dadurch herbeiführen zu können. Ob das Siel- oder Abfuhr-System zweckmäßiger sei, habe er schon vor zwei Jahren nach einem reichen Material geprüft, sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein geordnetes Sielsystem das zweckmäßigste ist. Das alte unter der Regierung Heinrichs VIII. in London eingerichtete Sielsystem London's müsse man nicht als Muster nehmen, dasselbe sei nur für Regen- und Spülwasser hergestellt. Man habe dessenungeachtet aber auch die Exkremente hineingeschüttet und dadurch eine Pestanlage geschaffen. Die später dagegen ankämpfenden Parlamentsakte hätten das eingewurzelte Uebel nicht mehr beseitigen können, da eine Gewohnheit von der Bevölkerung daraus gemacht worden sei. Das Hamburger Sielsystem sei als vorzüglich zu empfehlen und in letzterer Zeit nur eine Erweiterung desselben mit der Verlegung der Ausmündung nothwendig, da die Kloakablagerungen dem Hafen schädlich geworden sind. Die Hamburger beklagen nicht den Verlust an Dung, denn sie hegen die Meinung, daß die Städte nicht die Dunggruben für Agrikulturisten sind, sondern die Aufgabe haben, industrielle Zwecke zu fördern. Aber wir können auch diesen Nutzen mit einem guten Sielsystem verbinden. Es wird der Schluß der Diskussion gewünscht und der Block'sche Antrag, sowie die eingebrachten Fragen: über das Bedürfniß einer eigenen städtischen Feuerversicherung und die Garantie der Frankfurter Lotterie auf die nächste Tagesordnung gebracht.

— Wir nahen uns wiederum unsern Mitbürgern mit einem Aufruf zur Wohlthätigkeit, die sich ja, Gott sei Dank, bei jeder Gelegenheit in unserer lieben Stadt so reichlich dokumentirt. Es betrifft unsere Bitte die Wittwe des an der großen Mühle verunglückten und in Folge dessen verstorbenen Arbeiters Prabant, welche, ihrer Entbindung entgegensehend, vier kleine Kinder zu ernähren hat. In der Expedition unserer Zeitung werden auch die kleinsten Geldbeiträge oder sonstige Unterstützungsmittel bereitwilligst entgegengenommen und die Empfangnahme derselben veröffentlicht werden.

— Wie wir bereits betreffs des Dampfers „Juno" vorausgesagt hatten, ist es eingetroffen; derselbe hat der Brandung und dem Treibeis nicht länger Widerstand leisten können. Das Mittelschiff, bis wohin der Dampfer im Sande saß, ist gebrochen und das Achterende ein Spiel der Wellen geworden.

— [Weichsel-Trajekt vom 17. Januar.] Bei Terespol-Culm theils per Kahn, theils zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; bei Warlubien-Graudenz zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage; bei Czerwinsk-Marienwerder über die Eisdecke bei Tag und Nacht. — Uebergang bei Thorn theils mit leichtem Fuhrwerk.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Unterschlagung.] Die unverehelichte Renate Brandt von hier und die unverehelichte Mathilde Schulz aus Ohra, welche zusammen arbeiteten und mit einander befreundet waren, beschlossen, sich die Zukunft aus den Karten enthüllen zu lassen, und begaben sich zu diesem Zwecke zu der als Kartenlegerin bekannten Frau Zimmergesell Henriette Wodetzki hieselbst, welche ihren Wünschen auf das Bereitwilligste entgegenkam. Sie deutete den beiden Mädchen: „es stehe ihnen ein Glück zu." Aus Anlaß dessen erzählten die Letztern der Wodetzki, daß sie sich Mäntel wünschten, und daß sie sich eine Jede bereits 3 Thlr. zum Ankaufe von Mänteln gespart hätten. Diese Gelegenheit benutzte die Wodetzki, die beiden Mädchen auszubeuten. Sie erzählte ihnen, daß sie im Stande sei, ihnen die Mäntel zu besorgen, und wußte sie zu bereden, ihr die resp. 3 Thlr. zum Ankaufe der Mäntel zu übergeben. Indeß warteten die Mädchen vergeblich auf die Mäntel, und als man auf Rückgabe des Geldes drang, mußte die Wodetzki zugeben, dasselbe für sich verwendet zu haben. Nachdem dieserhalb bei der Polizei Anzeige gemacht war, hat die Wodetzki sich mit der Brandt durch die Uebergabe eines Spindes, wofür Letztere gleichzeitig die Bezahlung der 3 Thlr. an die Schulz übernahm, geeinigt. Der Gerichtshof verurtheilte die Wodetzki zu 1 Monat Gefängniß und Ehrverlust.

[Schiffsdiebstahl.] Der englische Capt. Pill, welcher im Decbr. v. J. mit seinem Schiffe „Gritte" im hiesigen Hafen lag, kam eines Abends etwas spät nach Hause, entkleidete sich und legte sich zu Bette, ohne seine Baarschaft aus den abgelegten Kleidern, worin er dieselbe in einem Portemonnaie gesteckt hatte, an sich zu nehmen. Am nächsten Morgen vermißte er das Portemonnaie, in welchem sich einige fünfzig Thaler befunden hatten. Er fragte bei seiner Schiffsmannschaft nach, indeß wollte Niemand etwas von dem Verbleib des Portemonnaies wissen, bis endlich der Halbmann Johann Harrisen durch übermäßige Ausgaben, welche er sowohl in Neufahrwasser als auch in Danzig machte, den Verdacht des Diebstahls auf sich lenkte. Er gesteht den Diebstahl auch zu, will aber das Portemonnaie nicht aus der Hosentasche des Kapitains gestohlen, sondern auf der Kajütentreppe gefunden haben. Wiewohl dieser behauptete Umstand den Diebstahl nicht ausschließt, wurde dennoch zur Vernehmung des Pill geschritten, welcher bekundet, daß er das Portemonnaie beim Entkleiden in seiner Tasche gefühlt habe, also nur aus letzterer gestohlen sein kann. Der Gerichtshof erkannte 2 Monate Gefängniß und Ehrverlust.

[Freisprechung.] In der Nacht vom 3. zum 4. Novbr. v. J. verfolgte der Schutzmann Ilge die als liederliche Dirne bekannte Tochter der verehel. Arbeiter Wilhelmine Möws, welcher es gelang, bis an ihre Wohnung zu kommen, welche durch ihre Mutter schleunigst von Innen geöffnet wurde, um sie der Verhaftung zu entziehen. Ilge faßte das Mädchen, dieselbe entriß sich ihm aber und entkam in ihre Wohnung. Anders gestaltete es sich mit der Frau Möws. Dieselbe wurde fast entblößt in der kalten Novembernacht durch den Schutzmann Ilge aus ihrer Wohnung weg, nach dem Polizei-Gebäude geführt und steht nun unter der Anklage des gewaltsamen Widerstandes gegen den Schutzmann Ilge. Dieser behauptet, daß die Möws, als er ihre Tochter gefaßt hatte, ihm die Hände zerkratzt hätte und er dadurch veranlaßt gewesen, das Mädchen loszulassen, und daß er demnächst die Frau Möws wegen des geübten Widerstandes, obwohl er zugiebt, daß dieselbe ihm genau bekannt gewesen, arretirt habe. Dies wird von der Frau Möws beharrlich bestritten, sie beweist durch zwei unverdächtige Zeugen, — welche den Hergang deutlich aus einem dem Möws'schen Hause gerade gegenüber belegenen Fenster haben mit ansehen können, weil die Hausflur, wo der Hergang stattfand, hell erleuchtet war, — daß die Möws keinen Widerstand geleistet und namentlich dem Ilge nicht die Hände gekratzt habe; sie gaben vielmehr Umstände an, welche außerdem die Glaubwürdigkeit des Ilge beeinträchtigten, und welche den Gerichtshof veranlaßten, den Ilge unvereidigt zu entlassen. Die Möws wurde freigesprochen.

[Vermögensbeschädigung.] Eines Abends im Novbr. v. J. hörte der Schuhmacher Rose vor seiner Wohnung im alten Roß einen Tumult und dabei seinen Namen nennen. Dies veranlaßte ihn, nachzusehen, und als er unter den Tumultuanten seinen Einwohner bemerkte, öffnete er die Hausthür, um Letztern einzulassen. Bei dieser Gelegenheit wurde er von dem Kutscher Martin Petter gemißhandelt, der, nachdem sich Rose fernerer Mißhandlungen entzogen hatte, die Fenster des Rose mit Steinen einwarf. In Begleitung des Petter befand sich der Milchhändler Joh. Fisau. Beide verließen jetzt das Alte Roß, wurden aber verfolgt, Petter arretirt und nach dem Polizei-Geschäftshause gebracht. Unterwegs hatte er sich den Polizeibeamten widersetzt und einen derselben geschlagen. Fisau folgte dem Petter nach dem Polizeigeschäftshause und übernahm hier die Vertheidigung des Ersteren in etwas lauter Art, weshalb der wachthabende Gensd'arm Werle seine Verhaftung und Abführung nach dem Polizei-Arreste anordnete. Bei dem Transport nach dem Gefängnisse widersetzte sich aber Fisau ebenfalls dem Polizeibeamten dadurch, daß er ihm vor die Brust stieß. Der Vertheidiger des Fisau führte aus, daß der Gensd'arm kein Recht zur Verhaftung des Fisau gehabt habe, da er sich nur etwas laut betragen habe, jedenfalls aber nichts wider die Criminalgesetze gethan hätte, er überdies ein bekannter ansäßiger Bürger hiesiger Stadt ist. Der Gerichtshof bestrafte indeß den Petter mit 6 Wochen und den Fisau mit 14 Tagen Gefängniß und führte in Bezug auf Letztern in den Gründen aus, daß die durch Werle unberechtigt vorgenommene Amtshandlung die Strafbarkeit des Fisau nicht ausschließe.

[Andere Vergehen.] 1) Die Arbeiter Anton und Valentin Grabinsky erhielten je 1 Monat Gefängniß und Ehrverlust, weil sie geständlich dem Besitzer Kumm eine Quantität Getreide aus seiner Scheune gestohlen haben.

2) Die unverehel. Florentine Wodetzki, eine alte Diebin, hat von dem Holzhofe des Kaufm. Weinberg eine Kiepe Holz gestohlen und erhielt dafür 6 Monate Gefängniß, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht.

3) Die unverehel. Louise Tetzlaff hat geständlich dem Kaufm. Werner 2 Kinder-Windeln und dem Conditor Brunnies Kaffee, Thee, Lichte, Löffel und Messer gestohlen und erhielt dafür 4 Wochen Gefängniß.

Die Redensarten der Völker.

Dieselben scheinen nicht ohne Einfluß auf deren Thun und Treiben zu sein. Der Russe wiederholt immer das Wort „Nitschewo", zu deutsch „thut nichts!" Dies Wort erklärt das Großwerden der russischen Nation, deutet aber auch die Grenze seines Wachsthums an. Mit Nitschewo stürmt der Russe auf die feindlichen Batterien los, läßt sich haufenweise niedermähen, bataillonsweise vom Schnee begraben (im Krimkriege), im Winter über ungangbare Alpen setzen (unter Suwarow) und dergleichen mehr. Aber die Redensart „thut nix!" taugt nicht dazu, um für die Dauer große Dinge zu gründen oder durchzuführen.

Der Türke sagt zu Allem: „jok, jok!" zu deutsch „das ist mir gleichgültig." Nun in der That, wo man den Boden des türkischen Reichs betritt, da sieht man auch, daß diesen Leuten alles gleichgültig ist. Wege, Brücken und Städte verfallen; die geldbringendsten Unternehmungen werden eines augenblicklichen Vortheils wegen zerstört; die besten Industriezweige durch alberne Steuern unmöglich gemacht; das ganze Reich verödet. „Alles gleichgültig!"

Der Spanier hat zwei stehende Redensarten: „quien sabe?" (wer weiß es?) und „mas or menos" (mehr oder weniger.) Nun ist klar, daß ein Volk, welches immer „wer weiß es?", fragt, sich schließlich des Denkens entschlagen lernt und in die Hände von Leuten fallen muß, die ihm vorsagen und vorschreiben, was es denken und wissen soll. Daß diese Denkträgheit und Autoritätsgläubigkeit der Hemmschuh der gesammten spanischen Entwicklung ist, hat Buckle (Geschichte der Civilisation) schlagend bewiesen. — „Mehr oder weniger" drückt ebenfalls die Neigung aus, nichts Bestimmtes zu denken, zu sagen, zu thun. Es deutet auf dieselbe geistige Schlaffheit hin.

Das Lieblingswort der Neugriechen ist „Dembirasi," d. h. „es wird wohl noch gehen, früher oder später, auf diese oder jene Weise, wenn nicht heute, so doch morgen, übermorgen oder über's Jahr!" (Friederike Bremer, Leben in der alten Welt.) Diese Redensart oder die Charaktereigenthümlichkeit, welche dahinter steckt, hemmt in Griechenland hauptsächlich den Fortschritt in Unternehmungen, die Verbesserung aller Arten von Angelegenheiten.

Ganz anders der Nordamerikaner der Vereinigten-Staaten-Republik. Sein Lieblingswort ist „go ahead!" (geh vorwärts, immer d'rauf los!) Er sagt nicht, wie wir: „ich meine, glaube, halte dafür," sondern „ich rechne," I calculate, wodurch er gewissermaßen sich selbst zwingt, seine Gründe mathematisch abzuwägen und zusammenzustellen. In demselben Geiste setzt er seinen Aussprüchen gerne hinzu: „It is a fact," (das ist eine Thatsache), womit er sich in die Nothwendigkeit versetzt, sie auch thatsächlich zu beweisen. — Alle drei Redensarten sind bezeichnend für den Grundcharakter dieser rastlos rührigen, illusionsfreien, positiven Nation.

Der Deutsche hat sehr viele Redensarten, nützliche und schädliche, doch meist nur auf kleinere Kreise beschränkte, wie z. B. der „gehorsame Diener" in unsern mitteldeutschen Gegenden, welcher viel Schuld an der einheimischen Charakterlosigkeit haben dürfte. Von allgemeiner bei uns herrschenden Redensarten ist besonders das verderbliche „ich thue nicht mit" der deutschen Kinder zu erwähnen. Als Erwachsene setzen sie dieselbe Redensart in anderer Form fort. Dies ist die Hauptursache, weshalb in Deutschland nichts Gemeinsames zu Stande kommen kann und weshalb überall, wo Deutsche beisammen sind, auch Spaltungen unter ihnen eintreten. „Ich thue nicht mit!" muß ausgerottet werden, wenn die deutsche Einheit zu Stande kommen soll.

Vermischtes.

— [Eine Unterrock-Fantasie.] Sage mir, mit wem Du umgehst, so will ich Dir sagen, wer Du bist! — Sage mir, von welcher Farbe der Unterrock Deiner Dame ist, so will ich Dir sagen, welchen Character sie hat. Trägt Deine Dame einen schwarzen oder grauen Unterrock, so zeigt das einen ernsten, finsteren Character, Gleichgültigkeit, Vorliebe für langweilige Lectüre und ungestörte Ruhe. Der weiße Unterrock bildet den vollsten Gegensatz. Die Trägerin hat einen lebhaften Geist, schnellen, beißenden Witz, sie findet Geschmack an dem Romantischen, treibt auch wohl Gefühlspolitik. Heirathet sie, so wird sie ihren Gatten, wenn er ihr die Treue bewahrt, zum glücklichsten der Ehemänner machen. Läßt er sich aber beikommen, dem Schmetterling nachzuahmen — wehe ihm, der weiße Unterrock wird sich rächen und Gelegenheit hierzu wird nicht fehlen. Man mißtraue dem rothen Unterrock; er liebt zu befehlen, zu herrschen; seine Lieblingsbeschäftigungen sind Reiten, Rauchen und Alles, was zum Sport gehört. Die

Unterhaltung sucht er piquant zu machen, Widerspruch kann er aber nicht vertragen; außerdem ist er coquett bis zum Leichtsinn. — Junggesellen, die ihr in der Ehe glücklich werden wollt, sucht unter den Schönen, die einen blauen oder violetten Unterrock tragen. Fast immer sind diese hübsch, sanft und voll gesunden Gefühls; sie leiden, ohne sich zu beklagen, und wissen meist auch durch die Reize ihres Geistes und Herzens zu fesseln. Habt ihr euch gegen sie vergangen, so werdet ihr keine anderen Vorwürfe hören als die euch euer eigenes Gewissen macht.

— Vor dem Tribunal in Douai ist gegenwärtig ein interessanter Prozeß anhängig, welcher einen Beweis von dem Aberglauben, aber auch von der Pfiffigkeit der französischen Landbevölkerung bietet: Einem wohlhabenden Bauer, der sein Ende herannahen fühlte, hatte der Beichtvater begreiflich gemacht, daß er sich eine Hektare Landes im Paradies kaufen müsse, und nach langem Handeln und Feilschen waren beide Gevattern über den Preis von 30,000 Francs übereingekommen, welche der Bauer der Kirche testamentarisch zu vermachen habe. Unser guter Landmann räsonnirte zwar weidlich über den unerschwinglich hohen Preis der Grundstücke im Paradiese, da ihm jedoch der Beichtvater versicherte, daß dieselben durchaus nicht mehr billiger abgegeben würden, und der zukünftige Engel, welcher hienieden mehr als eine Hektare besessen, begriff, daß ein geringerer Grundbesitz sich für seine Stellung nicht schicke, entschloß er sich endlich seufzend zu der ihm als unvermeidlich geschilderten Ausgabe. Ein Bauer ist jedoch pfiffig, und um ganz sicher zu gehen, gebrauchte unser ländlicher Krösus die Vorsicht, in seinem Testamente ausführlich den Zweck seiner Schenkung und den Namen des Priesters, der ihm die paradiesische Hektare garantirt hatte, aufzuführen. Großes Erstaunen der Erben. Bei der Testamentseröffnung hegten dieselben Zweifel daran, daß die himmlischen Besitzthümer durch schnödes Geld zu erkaufen seien, oder fanden sie eine Hektare für ihren Vorfahren zu groß, genug, sie griffen die Klausel auf dem Rechtswege an, und alles deutet darauf hin, daß dieselbe durch richterlichen Spruch aufgehoben werden wird.

— Die ansehnliche Stadt Messina auf Sicilien pflegt die Himmelfahrt Mariä durch pomphafte Festlichkeiten zu feiern. Der hervorstechende Theil der Feierlichkeit besteht in folgender Procession: Eine ungeheure Maschine wird in die Stadt geführt, durch welche verschiedene Kunstwerke in kreisförmige Bewegung gesetzt werden, die Himmelskörper vorstellend: die Sonne, den Mund, die Planeten &c. Es drehen sich auch Kränze, die am Fuße des Gebäudes sehr groß, an der Spitze immer kleiner werden. An den Strahlen der Sonne des Mondes und um die Kränze herum sind kleine Säuglinge befestigt, deren unnatürliche Mütter für den feilen Lohn weniger Geldstücke zugeben, daß sie die Engelein versinnlichen, welche die Himmelfahrt begleiten. Diese armen, unschuldigen Kleinen fallen manchmal todt oder sterbend aus dem Kreise, nachdem sie dort oben sieben Stunden lang in entgegengesetzten Richtungen sich herumgedreht haben. Ist das Fest zu Ende, stürzen, drängen, heulen die Mütter herbei, eine die andere anstoßend, eine die andere zurücktreibend, um sich zu überzeugen, ob ihr Kind todt oder gerettet ist. Nun beginnt eine andere Scene, welche manchmal mit Blutvergießen endet. Es ist den Müttern nicht leicht, ihre Kinder aus der großen Menge heraus zu erkennen. Eine bestreitet der Anderen die Frucht ihres Leibes, während die Klagen der Betrübtesten sich in die Verwünschungen der Streitenden, die Spöttereien der Zuschauer und das grelle Pfeifen des Pöbels mischen. Sollte man einen solchen Mißbrauch in einem christlichen Lande für möglich halten?

[Eingesandt.]

(Lazareth.) Es ist eigentlich sündlich, daß die Lazareth-Angelegenheit in dem Grade verfahren worden, daß nun kein anderer Ausweg, denn ein Neubau, vorhanden. Nicht nach Hunderten, nein, nach Tausenden zählen diejenigen, welche es schlechterdings nicht begreifen können: erstens, daß das Lazareth für eine reine Privatstiftung erklärt und nicht als städtisches Institut anerkannt worden, und zweitens, daß es nicht jetzt noch möglich sein sollte, einen Compromiß zu Stande zu bringen und die ungeheuren Kosten eines neuen Krankenhauses, in Erwägung der Dinge, die in Deutschland und Europa unausbleiblich noch kommen werden, der Stadt zu ersparen. Die Ausführungen der Redner für einen Neubau und die Beschlüsse darüber in Ehren, dennoch haben sie nicht vermocht, die Ueberzeugung allgemein zu machen, daß er unumgänglich nothwendig. Und nun neben dieser Ausgabe und den Ueberschreitungen und Nachbewilligungen ohne Ende gleichzeitig noch Petitionen für eine neue Wasserleitung! Ist denn Danzigs Säckel bodenlos-unerschöflich? Wenn es auf Petitionen ankommt, so ist Zehn gegen Eins zu wetten, daß man eine an Zahl und Gewicht sehr ansehnliche gegen den Neubau eines Lazareths zu Stande bringen könnte.

Räthsel.

Die erste Sylbe gleicht genau der zweiten,
Und umgekehrt empfiehlt der Turner sie,
Man pflegt sich um das Ganze nicht zu streiten,
Und lockt man dich zu ihm, o dann entflieh!

Du könntest dort zwar äußerst billig wohnen
Bei freier Heizung und bei freiem Licht,
Du würdest beim Genuß das eigne Conto schonen,
Bedienung finden nach der strengsten Pflicht.

Du könntest dort die Einsamkeit genießen,
Die Doctor Zimmermann so schön empfiehlt,
Du brauchtest nie die Wohnung zu verschließen,
Weil dort gewiß kein Gauner dich bestiehlt.

Und dennoch rath' ich dir, das Haus zu fliehen,
Weil man dich flieht, hast du daselbst gewohnt,
In Frieden magst du dort vorüber ziehen,
Wo die justitia, die strenge, thront. L B.

Meteorologische Beobachtungen.

17	4	332,03	— 2,0	SW. mäßig, klar u. hell.
18	8	334,05	— 5,2	SSW. do. do.
	12	334,25	— 4,4	do. do. do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 18. Januar.

Weizen, 200 Last, 127.31pfd. fl. 590—635; 124.25 bis 127pfd. fl. 570—595; 121.22pfd. fl. 570; 124pfd. blausp. fl. 525 pr. 85pfd.
Roggen, 120pfd. fl. 351, 352½; 123pfd. fl. 357 pr. 81⅞pfd.
Große Gerste, 110pfd. fl. 318 pr. 72pfd.
Kleine Gerste, 104pfd. fl. 300 pr. 72pfd.
Wicken fl. 360 pr. 90pfd.

Englisches Haus:

Die Rittergutsbes. v. Braunschweig-Lützow a. Lützow u. v. Braunschweig-Lantow a. Sproden. General-Agent Krüger a. Posen. Die Kaufl. Klus, Franck u. Lachmund a. Berlin u. Michels a. Crefeld.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Bernhardt, Erck u. Herrmann a. Berlin u. Thiele a. Leipzig.

Walter's Hotel:

Gutsbes. Probl n. Gattin a. Zugdam. Landwirth Probl a. Hohenstein. Baumeister Bresler a. Mewe. Assec.-Insp. Behme a. Berlin. Orgelbauer Kaltschmidt a. Stettin. Die Kaufl. Schmall a. Leipzig u. Dreschke a. Dresden.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Rentier Schneider a. Tilsit. Die Kaufl. Hartwig a. Berlin u. Janock a. Posen. Fr. Oberst v. Palubicki a. Liebenhof.

Hotel zum Kronprinzen:

Gutsbes. Schwenk a. Grebinerfelde. Die Kaufleute Meyer a. Königsberg, Weniger a. Schwedt a. O. und Eyck a. Elbing.

Hotel de Thorn:

Pr.-Lieut. u. Rittergutsbes. v. Gootkowski n. Fam. a. Königsberg. Gutsbes. Flockenhagen a. Osterwick. Rentier Sachschowska a. Elbing. Die Kaufl. Schubert a. Eisenach, Müller a. Berlin, Berliner a. Lauenburg u. Bierstedt a. Magdeburg.

Hotel d'Oliva:

Die Gutsbes. Neumann a. Wehsen, Hirschberg aus Kniebau u. Schönfeld a. Orlowo. Fabrikant Salomon a. Berlin. Die Kaufl. Landeck a. Berlin u. Hirschberg aus Königsberg.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.